

THEMA IM LANDTAG

Wolfgang Jüttner führt die SPD-Landtagsfraktion

Wolfgang Jüttner ist neuer Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. Immer zur Mitte einer Legislaturperiode wählt die Landtagsfraktion einen neuen Vorstand. Weil der bisherige Fraktionsvorsitzende Sigmar Gabriel und der wirtschaftspolitische Sprecher Thomas Oppermann für den Bundestag kandidieren, wurden bei der Wahl am 28. Juni personelle Veränderungen nötig.

»Ich setze auf Teamgeist. Deshalb ist es auch kein Zufall, dass es jetzt drei stellvertretende Vorsitzende gibt, statt vorher einen einzigen«, sagte Jüttner. Dr. Gabriele Andretta (Göttingen, zugleich zuständig für Wissenschaftspolitik), Karin Stief-Kreihe (Meppen, Landwirtschaft) und Heiner Bartling (Schaumburg, Innenpolitik) werden ihn als stellvertretende Fraktionsvorsitzende bei der Oppositionsarbeit im Hannoveraner Leineschloss unterstützen.

Die Fraktion sei personell und inhaltlich gut aufgestellt, so der neue »Chef« der 63 SPD-Abgeordneten. »Wir können 2008 Christian Wulff und seine schwarz-gelbe Regierung ablösen. Aber allen muss klar sein: Vor uns liegt noch ein hartes Stück Arbeit.« Bildungs- und Sozialpolitik würden auch in Zukunft wichtige Schwerpunk-

te der Fraktionsarbeit bleiben, so Jüttner. »Wir werden aber Opposition mit Augenmaß betreiben. Wir dürfen den Menschen nichts versprechen, was wir in der Regierung nicht halten können.« Jüttner betonte, der Landeshaushalt könne nicht ausschließlich über Kürzungen bei der Ausgabenseite saniert werden. »Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat«, deshalb sei der von den Unions-Ländern blockierte Subventionsabbau unverzichtbar.

Sigmar Gabriel wünschte seinem Nachfolger alles Gute. »Ich bin sicher: Du wirst ein hervorragender Fraktionsvorsitzender sein«, sagte er unter dem Beifall der stehend applaudierenden Abgeordneten. Er scheide nicht ohne Wehmut aus dem Amt des Fraktionsvorsitzenden, so Gabriel. Er freue sich aber auch auf seine neue Auf-

Liebe Leserinnen und Leser,



Wolfgang Jüttner

die anstehende Neuwahl des Bundestages beansprucht gegenwärtig alle Kräfte in der SPD. Aber wir sollten ein zweites wichtiges Ziel nicht aus den Augen verlieren: Christian Wulff und seine Landesregierung müssen 2008 abgelöst werden!

Die Landtagsfraktion hat die Weichen gestellt und die Mannschaft gewählt, die in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode für die Auseinandersetzung mit der unsozialen und rückwärtsgewandten Politik von CDU und FDP in Niedersachsen zuständig ist.

Ich freue mich auf meine neue Aufgabe als Fraktionsvorsitzender. Ich bin sicher, dass die SPD-Landtagsfraktion inhaltlich und personell gut aufgestellt ist.

Die Zeiten sind für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht rosig. Umso geschlossener und entschiedener müssen wir kämpfen. Ich bitte euch, uns dabei zu unterstützen – in Vereinen und Verbänden, in der Schule und am Arbeitsplatz. Und ich freue mich über Kritik und Anregungen, wie wir unsere Arbeit weiter verbessern können.

Euer

Wolfgang Jüttner



Der neue Fraktionsvorstand (v.l.n.r): Heiner Bartling, Ulrich Biel, Ingrid Eckel, Dr. Gabriele Andretta, Heike Bockmann, Wolfgang Jüttner, Hans-Dieter Haase, Dieter Möhrmann, Uwe Schwarz, Karin Stief-Kreihe, Rosemarie Tinius, Günter Lenz. Vizepräsidentin Silva Seeler fehlt.

gabe. Er kündigte an, bei seiner voraussichtlich letzten Landtagssitzung im September »ganz hinten links« Platz nehmen zu wollen. »Auf diesem Platz habe ich vor fast genau 15 Jahren meine Arbeit als Landtagsabgeordneter begonnen.«

Im Fraktionsvorstand gibt es zwei neue Gesichter: Die Realschullehrerin Ingrid Eckel aus Wolfsburg übernimmt die wichtige Funktion der bildungspolitischen

Sprecherin. Günter Lenz, Betriebsratsvorsitzender bei VW-Nutzfahrzeuge in Hannover, wird als wirtschaftspolitischer Sprecher Gegenspieler von Minister Hirche. Dieter Möhrmann wurde als Parlamentarische Geschäftsführer ebenso im Amt bestätigt wie Heike Bockmann für den Bereich Recht, Hans-Dieter Haase für Umwelt, Uwe Schwarz für Soziales und Rosemarie Tinus für Bundes- und Europaangelegenheiten.

Drei Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion streben nach Berlin

Sigmar Gabriel kandidiert für den Wahlkreis Salzgitter – Wolfenbüttel. **Thomas Oppermann** tritt in Göttingen an und **Dieter Steinecke** stellt sich im Wahlkreis Mittelems zur Wahl

Kein Ausstieg aus dem Atomausstieg Laufzeitverlängerung von AKWs zerstört Arbeitsplätze und verhindert Investitionen

»Es ist nur im Interesse der vier großen marktbeherrschenden Unternehmen der Strombranche, die Laufzeiten der Atomkraftwerke zu verlängern«, stellt Klaus-Peter Dehde, atompolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, fest. »Der Kraftwerkpark in Deutschland müsste eigentlich erneuert werden. Zum einen, weil der Ausstieg aus der Atomkraft beschlossen wurde und zum anderen, weil viele Kraftwerke veraltet und nicht mehr effizient genug sind.«

Die Energiepolitik von CDU und FDP sehe demgegenüber eine Laufzeitverlängerung der bestehenden Atomkraftwerke von bis zu 30 Jahren vor, merkt Dehde an. Die Unternehmen selbst hätten vor dem Hintergrund des Atomausstieges angekündigt, in den nächsten Jahren bis zu 10 Mrd. Euro in neue, nicht atomare Kraftwerke zu investieren. »Diese Investitionen sind wichtig für Deutschland, weil sie Innovationen vorantreiben, Arbeitsplätze schaffen und dem Klimaschutz dienen,« so Dehde. Laufzeitverlängerungen der bestehenden Atomkraftwerke wirken da absolut kontraproduktiv.«

Es sei naiv von Angela Merkel zu glauben, dass diese Unternehmen die Ersparnisse der verhinderten Investitionen in eine Senkung der Energiepreise umsetzen. Ein

Blick in die Jahresabschlüsse von RWE und e-on belege, dass sie seit fünf Jahren satte Gewinne einnahmen, dafür jedoch Zehntausende Menschen um ihre Arbeitsplätze brächten. Im Jahr 2000 habe der RWE-Konzern noch über 160.000 Mitarbeiter gehabt, heute seien es nur noch knapp 98.000. Bei e-on sei die Mitarbeiterbilanz noch dramatischer: Im Jahr 2000 waren noch über 166.000 Mitarbeiter im Unternehmen tätig, im Jahr 2004 waren es noch knapp 70.000. Trotzdem seien die Strompreise in diesem Zeitraum ständig gestiegen.

Die Erfolgsgeschichte der Erneuerbaren Energien in Deutschland habe gezeigt, dass hier die Zukunft der Energiepolitik liege. Dehde wies außerdem darauf hin, dass mittlerweile 130.000 neue Arbeits-



Klaus-Peter Dehde,
atompolitischer Sprecher

plätze im Bereich der Erneuerbaren Energien entstanden seien. Deutschland habe bei der Windenergie eine Exportquote von 51%, sei Weltmarktführer bei der Solarenergie und habe enorme Potentiale bei der Bioenergie. Nach Einschätzung der Branche würden in den nächsten 15 Jahren mehr als 370.000 neue Jobs in diesem Sektor geschaffen.

»Schwarz-Gelb will zurück zu einem technischen Auslaufmodell mit hohen Risiken,« schließt Dehde. Außerdem solle der ganze Atommüll auch noch in Niedersachsen abgeladen werden – denn längere Laufzeiten bedeuten noch mehr hochradioaktiven Müll der sicher gelagert werden muss. »Diese so genannte Energiepolitik mit den Menschen vernichtet Zukunftsperspektiven und vermehrt die Probleme der Endlagerung. Da machen wir Sozialdemokraten nicht mit!«

Das »Niedersachsen-Netzwerk« – Die Landespolitik und unser Service für die Arbeit vor Ort

Für interne Informationen hat die SPD-Landtagsfraktion das »Niedersachsen-Netzwerk« aufgebaut. Registrierte Userinnen und User können sich auf der Internetseite www.spd-landtag-nds.de mit ihrem Passwort Zugang zum Intranet verschaffen. Hier sind zahlreiche exklusive Auskünfte über die Arbeit und Planungen, Strategie und Hintergründe zu finden; es gibt Downloads für Flugblätter, einen Artikeldienst, Musterpressemittelungen, Tipps und Ratschläge für Kommunalpolitikerinnen und -politiker etc.

Neue Zugangsberechtigungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren können zeitnah über Thilo Scholz (thilo.scholz@lt.niedersachsen.de, Tel. 0511/3030-4038) unter Angabe von Namen, E-Mail-Adresse, Telefonnummer und Wohnort vergeben werden.

Die Internet-Ausgabe des onlineTiLs bietet über die kurzen Artikel hinaus weiterführende Informationen an. Ein Besuch der Homepage lohnt sich deshalb immer.

Will die CDU die Mehrwertsteuer erhöhen? SPD fordert Wulff auf, endlich Farbe zu bekennen

»Wir brauchen einen Vertrag, in dem die Union eine Reihe von Dingen zusichert, wie Steuerreform, Bürokratieabbau oder die Reform der sozialen Sicherungssysteme, in dem aber auch die Bevölkerung und vor allem die Wirtschaft Zusicherungen trifft und sich moralisch daran gebunden fühlt«, sagte der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff am 07. Juni 2005 der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung*.

Die SPD im Landtag hat die Landesregierung daher gefragt, wie sie es denn halte mit den Forderungen in der Union nach Erhöhung der Mehrwertsteuer. Doch Dieter Möhrmann, der finanzpolitische Sprecher der Landtagsfraktion bekam die erwartete Antwort, nämlich keine. Herr Wulff fordert einen Vertrag, weigert sich aber, vor der Wahl den Menschen im Lande zu sagen, wofür er steht.

In der Union scheint endlich die Einsicht einzukehren, dass der von SPD seit Jahren geforderte Abbau von überkommenen Steuerprivilegien voran getrieben werden muss. Im Niedersächsischen Landtag und im Deutschen Bundesrat standen in den letzten Jahren zahlreiche Anträge zur Abstimmung, die auf den Abbau von Steuersubventionen abzielten. Die Niedersächsische Landesregierung hat bisher alle Gesetzesbestimmungen, die die Abschaffung der Eigenheimzulage und die Senkung der Pendlerpauschale zum Inhalt hatten, abgelehnt. Ebenso hat die Koalition aus CDU und FDP entsprechende Entschließungsanträge von SPD und Grünen im Landtag abgelehnt. Die CDU-geführte Landesregierung hat aber auch diesem Punkt die Aussage verweigert. Offenbar können und wollen Wulff und Möllring noch nicht eingestehen, dass ihre jahrelange, parteipolitisch motivierte Blockadepolitik falsch war und die Haushaltskonsolidierung in Deutschland behindert hat.

Dieter Möhrmann merkt dazu an: »Sie

haben keine eigenen Finanzierungskonzepte vorgelegt. Genau dies fordern wir in diesen Punkten. Dann ist ein Wunder geschehen. Bisher haben Sie unsere Anträge immer abgelehnt, haben Subventionsabbau immer als Steuererhöhungen dargestellt und diffamiert. Plötzlich, kurz vor der Bundestagswahl, ist es Ihnen möglich, diese Subventionen abzubauen. Ich bin gespannt darauf, was ich auf der Einnahmeseite des Landes Niedersachsen wiederfinde, wenn tatsächlich Subventionen abgebaut werden. Und ich bin gespannt, wie die Zitate, die Sie seinerzeit gebraucht haben, in Übereinstimmung mit den Aussagen zu bringen sind, die Sie dann zur Begründung des Subventionsabbaus treffen.«

Neben den zu erwartenden Mehreinnahmen durch den überfälligen Subventionsabbau hätte das Land im Falle der Umsetzung des Merz'schen Steuerkonzepts jährliche Mindereinnahmen von 450 Mio. Euro gegenzufinanzieren. Wulff hat das Steuermodell von Friedrich Merz ausdrücklich gelobt und sich zu Eigen gemacht. Eine Erklärung, wie die Mindereinnahmen ausgeglichen werden sollen, blieb er schuldig.

Ebenso wenig ist von der Landesregierung erläutert worden, wie hoch die auf Niedersachsen entfallenden Kosten für das so genannte »Kopfpauschalen-Modell« im Gesundheitswesen sind. Gesundheits-Ökonomen schätzen die Kosten auf



Dieter Möhrmann,
finanzpolitischer Sprecher

insgesamt 40 Milliarden Euro; über die Finanzierung machte die Landesregierung ebenfalls keine Angaben.

Auch zu der Frage, wie diese massiven Steuermindereinnahmen kompensiert werden sollen, konnte der Finanzminister nicht antworten.

Dieter Möhrmann forderte Offenheit ein: »Wie gehen wir denn mit Wahrheit um? – Unser Antrag, den wir heute eingebracht haben, soll Sie in die Verpflichtung bringen, vor der Wahl mit offenem Visier – darüber haben wir gestern schon einmal gesprochen – vor die Wählerinnen und Wähler zu treten und zu sagen, was Sie wollen.« Die Regierung Wulff hat es jedoch vorgezogen, die Wählerinnen und Wähler im Unklaren zu lassen – wohl aus gutem Grund.

Angriff auf die Arbeitnehmerrechte geplant: Union und FDP wollen Kürzungen bei Schichtarbeitern und Abbau der Mitbestimmung

In der CDU/CSU und der FDP wird offenbar geplant, die Steuerfreiheit von Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeitszuschlägen zu streichen. Die *Financial Times Deutschland* zitiert in ihrer Ausgabe vom 01.06.2005 den FDP-Finanzpolitiker Hermann Otto Solms: »Zur Gegenfinanzierung [der Steuerreform] wollen die Liberalen unter anderem »alle Steuervergünstigungen streichen, also auch die Steuerfreiheit auf Nacht- und Sonntagszuschläge, die Absetzbarkeit des Arbeitszimmers und die Pendlerpauschale«.

»Spiegel Online« berichtet am 05.06.2005 über die Position von CDU-Generalsekretär Volker Kauder zu den Äußerungen von Edmund Stoiber: »Kauder stellte sich hinter den Vorschlag

von CSU-Chef Edmund Stoiber, die Steuern zu senken, im Gegenzug aber die Steuerfreiheit von Feiertags- und Nachtzuschlägen langfristig abzuschaffen.« Gleichzeitig plant die Union einen Sturm-

angriff auf die Arbeitnehmerrechte: Der Flächentarifvertrag, bisher Garant für soziale Sicherheit und sozialen Frieden in Deutschland, soll faktisch abgeschafft werden. Die Verhandlungen über Entgelt und

Arbeitszeiten sollen auf die betriebliche Ebene verlagert werden können. Die Einführung von so genannten »betrieblichen Bündnissen« widerspricht den Prinzipien der Tarifautonomie, nämlich einen Wettstreit zwischen Unternehmen einer Branche auf dem Gebiet der Arbeitsbedingungen zu verhindern und die Verhandlungen über Löhne und Arbeitszeiten außerhalb des Betriebes anzusiedeln. Mit den betrieblichen Bündnissen werden diese Streitigkeiten hinter die Werkstore geholt. Die Arbeitnehmervertretung wird einem Lohnverzicht im Zweifel immer zustimmen, wenn die Unternehmensleitung andernfalls mit Entlassungen droht. Es handelt sich damit nicht um Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe.

Die entsprechenden Beschlüsse der CDU/CSU-Präsidien und der Leitantrag zum CDU-Landesparteitag Niedersachsen sind von der fehlerhaften Grundannahme getragen, Wachstum und Beschäftigung würden durch Beschränkungen beim Kündigungsschutz, der Mitbestimmung und der Ausweitung der Niedriglohnbeschäftigung quasi automatisch ansteigen. Die Erfahrungen der Vergangenheit belegen,

dass dieser Zusammenhang nicht gegeben ist.

Die geplante Einschränkung des Betriebsverfassungsgesetzes ist insbesondere im Zusammenhang mit der gleichzeitig vorgesehenen Einführung von »betrieblichen Bündnissen« zu sehen. Auf der einen Seite soll die Arbeitnehmervertretung geschwächt werden und auf der anderen Seite soll sie die Möglichkeit bekommen zum Nachteil der Beschäftigten von tarifvertraglichen Rechten abzuweichen. Dadurch wird die ohnehin schwache Verhandlungsposition der Arbeitnehmer weiter untergraben.

Die SPD im Niedersächsischen Landtag hat sich mit einem Entschließungsantrag nun vehement gegen die Pläne zum Sozialabbau gewandt. Thomas Oppermann brachte diesen Antrag ein: »Die Beschlüsse, die die CDU in den zurückliegenden Monaten gefasst hat, deuten darauf hin, dass sie diese Bestandteile einer sozialen Marktwirtschaft entkernen will, dass sie eine reine Marktwirtschaft will, dass sie sich von der sozialen Marktwirtschaft verabschieden will. Diesen Weg darf dieser Landtag nicht mitgehen.«

Die Steuerfreiheit der Nacht-, Sonntags- und Wochenendzuschläge ist aufgrund der besonderen Belastung für Gesundheit, aber auch für das Familienleben, gerechtfertigt und stellt eine Honorierung dieses besonderen beruflichen Engagements durch den Staat dar. Es ist nicht zu erwarten, dass die Nettolohneinbußen, die im Falle der vollen Besteuerung dieser Zuschläge eintreten, durch entsprechend höhere Bruttolöhne ausgeglichen würden.

Thomas Oppermann bilanziert deshalb: »Wen trifft der CDU-Plan? – Busfahrerinnen und Busfahrer, Heimerzieher, Briefsortierer, Zeitungsdrucker, Krankenpfleger, Krankenschwestern, alle Arbeitnehmer, die in voll kontinuierlichen Betrieben arbeiten, also Schichtarbeiter. In der Regel sind es Arbeitnehmer mit kleinen und mittleren Einkommen.

Es ist unsozial und der Bevölkerung nicht zu vermitteln, dass die steuerlichen Vorteile der Nachtarbeit von Krankenschwestern gestrichen werden sollen, die Steuerfreiheit von Grundstückspekulation aber erhalten bleibt.«

Niedersachsen fällt zurück!

Nach einem Länderranking der Bertelsmann-Stiftung wird Niedersachsen bescheinigt, es habe seine Abwärtsbewegung umkehren können. Dies ist in mehrfacher Hinsicht irreführend. So ist die in der Studie aufgeführte Verbesserung des Pro-Kopf-Einkommens für den Zeitraum von 2001 bis 2003 gemessen worden, lag also ganz überwiegend in der SPD-Regierungszeit. Außerdem wird der Tourismussektor gelobt, der aber aktuell gravierende Rückgänge bei Übernachtungen zu verzeichnen hat.

Als »erfreulich« wird bezeichnet, »dass Niedersachsen sowohl seine Ausgaben für Forschung und Entwicklung als auch für die Hochschulen deutlich ausgeweitet hat. Kürzungen, wie am Ende des Beobachtungszeitraumes festzustellen, sollten [...] nur sehr behutsam und nicht nach der Rasenmähermethode erfolgen.«

Das Ende des »Beobachtungszeitraums«, wie jeder unschwer erkennt, ist der Beginn der CDU-Regierungszeit. Das am Anfang ausgesprochene Lob gilt also uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten!

Die Studie hinterlässt im Übrigen einen sehr oberflächlichen Eindruck. Bewertet werden »Politikbemühungen«, »Bürokratieabbau« und andere weiche Kriterien. Ein Blick auf die wichtigen Leistungskennziffern für das Jahr 2004 zeigt, dass Niedersachsen im ersten vollen CDU/FDP-Regierungsjahr nicht aufholt, sondern sich

unterdurchschnittlich entwickelt hat. Hier die Fakten:

- Niedersachsen verliert 40.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte. Das entspricht einem Minus von 1,7%. Der Verlust im Bundesdurchschnitt beträgt 1,2%, bei den westdeutschen Ländern sind es gar nur 0,9%.
- Bei der Zahl der Erwerbstätigen (das sind, neben den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten noch die Selbstständigen, die Beamten, die Soldaten und alle geringfügig Beschäftigten) hat Niedersachsen zwar ein Plus von 0,1%, aber auch dieser geringe Zuwachs blieb hinter der Bundesentwicklung (plus 0,3%) zurück.
- Am schlechtesten steht Niedersachsen bei den Investitionen: Mit 7,3% weist der Landeshaushalt 2006 die niedrigs-



Thomas Oppermann,
Wirtschaftsexperte

te Investitionsquote aller 16 Bundesländer aus. Nach der mittelfristigen Planung sollen die Investitionen 2007 auf 7,2%, 2008 sogar auf kümmerliche 7,0% der Gesamtausgaben weiter schrumpfen.

Dass ausgerechnet eine Regierung, die

sich gern als »bürgerlich« bezeichnet und damit den Eindruck von Solidität erwecken will, die Investitionen zu Gunsten des Konsums derartig vernachlässigt, ist bemerkenswert. Schließlich ist die niedrige Investitionsquote nicht eine automatische Folge leerer Kassen, sondern Ergebnis politischer Prioritätensetzung.

Die negativen Folgen bleiben nicht aus. Niedersachsen wächst inzwischen langsamer als der Bundesdurchschnitt. 2004 waren es 1,5% (bundesweit 1,7%). Es ist zu befürchten, dass die Wachstumslücke 2006 noch größer wird. Investitions- und wachstumsstarke Länder wie Bayern (Investitionsquote: 12,4%), Baden-Württemberg und Hessen werden ihren Abstand zu Niedersachsen weiter vergrößern, das Wohlstandsgefälle wird wachsen.

An dieser Stelle zeigt sich, dass die Regierung Wulff/Hirche kein Konzept für die Vermehrung oder auch nur Sicherung des

Wohlstandes in Niedersachsen hat. Wirtschaftskraft und neue Arbeitsplätze entstehen durch Innovationen und Investitionen. Dies gilt vor allem für den in Niedersachsen noch unterdurchschnittlich entwickelten Dienstleistungssektor, aber auch industrielle Produktion wird es auf lange Sicht in Deutschland nur dort noch geben, wo wir die Technologieführerschaft besitzen. Wenn Niedersachsen also seine geringere Wirtschaftskraft im Wettbewerb der deutschen Länder und europäischen Regionen verbessern wollte, müsste es kompromisslos auf Innovationen durch Forschung und Entwicklung (F&E) setzen.

Während der Bundeskanzler die Initiative »Partner für Innovationen« persönlich betreut, gibt es in Niedersachsen nicht einmal einen Minister, der Innovationsförderung zu seinem Thema macht. Hier offenbart sich ein gefährliches Strategiedefizit der Landesregierung. Dabei könnte die Zielsetzung der Bundesregierung, im

Rahmen der Lissabon-Strategie die privaten und öffentlichen Mittel für Forschung und Entwicklung von 2,31 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in 1998 über 2,55 % in 2003 auf 3,00 % in 2010 anzuheben, zum Nutzen des Landes sehr positiv gestaltet werden. 3% F&E-Ausgaben heißt umgerechnet 200.000 zusätzliche Stellen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Entwicklerinnen und Entwickler.

Eine strategisch denkende und klug handelnde Landesregierung müsste dem Bund bei der Realisierung des 3%-Zieles behilflich sein, zum Beispiel durch grünes Licht im Bundesrat bei der Streichung von Subventionen wie der Eigenheimförderung und im Gegenzug einen überdurchschnittlichen Anteil an den 200.000 F&E-Jobs für Niedersachsen aushandeln. Das wäre ein kreativer Politikansatz. Wer indessen vorrangig im Kopf hat, andere zu blockieren, blockiert sich vor allem selbst.

Trotz fortgesetzten Verfassungsbruchs: Wulff-Regierung taucht in der Debatte Steuern und Staatsfinanzen ab

»Die Forderung von Finanzminister Hartmut Möllring nach einem Gesamtkonzept einer Steuerreform ist ein durchsichtiges Spiel auf Zeit«. Das wirft der frühere Niedersächsische Finanzminister Heinrich Aller seinem Nachfolger vor. »Wer ein Konzept fordert«, so der SPD-Politiker, »muss auch wissen welche Eckpunkte er selbst durchsetzen will.«

Offensichtlich sollen jedoch andere für die CDU/FDP-Regierung die Kartoffeln aus dem Feuer holen. Anders sei nicht zu erklären, warum Möllring sich weder in der Frage der Streichung von Steuersubventionen, Stärkung der kommunalen Haushalte oder der von anderen CDU-Länderregierungen geforderten Mehrwertsteuererhöhung konkret äußere.

Dabei habe die Wulff-Regierung vor der Aufstellung eines vierten verfassungswidrigen Haushalts allen Grund, sich im Landesinteresse in die laufende Debatte mit konkreten Vorschlägen einzuschalten. Immerhin hätten der Wulff-Berater Professor Dr. Homburg und der Bund der Steuerzahler der Landesregierung den »Staatsbankrott« signalisiert, wenn sie so weitermache wie bisher. Sofortmaßnahmen seien angesagt. »Möllring muss jetzt aus der Deckung kommen«, fordert Aller. Sonst sei er nichts als ein »subventions- und steuerpolitischer Trittbrettfahrer«, der andere die unangenehmen Entscheidungen treffen lasse, um anschließend die Millionen für Niedersachsens Landeskasse zu kassieren.

Längst sei klar, dass eine nachhaltige Konsolidierung des Landeshaushalts nur auf der Ausgabenseite Illusion sei. Die lange Liste der gebrochenen Wahlversprechen, der Kurswechsel beim Länderfinanzausgleich, Schattenhaushalte, Streichung von Blindengeld und Lernmittelfreiheit sind nur einige »schwarze Flecken auf der sonst so gern gezeigten weißen Weste« der Wulff-Regierung.

Vor allem der dreiste Griff von Wulff und Möllring in die Kassen der Kommunen – allein 150 Millionen Euro im Kommunalen Finanzausgleich – in Verbindung mit der historisch niedrigsten Investitionsquote im Landeshaushalt seien Gift für Wirtschaft und Arbeitsmarkt. (siehe auch Artikel »Niedersachsen fällt zurück!«)

Jeder wisse, dass kurzfristige Maßnahmen notwendig seien, um Konjunktur und Arbeitsmarkt anzukurbeln, soziale Brüche zu vermeiden, Zukunftsinvestitionen in Bildung und Innovation zu finanzieren und die öffentlichen Haushalte vor Überschuldung zu bewahren. »Intelligente Konsolidierungspolitik ist etwas anderes als zu-



Heiner Aller, Finanzexperte

warten und kaputtsparen«, erklärte Aller am Dienstag in Hannover.

Die Wulff-Regierung habe sich in den vergangenen Monaten zum Schaden des Landeshaushalts als Bremserin in Sachen Subventionsabbau profiliert. Im Geleitzug der CDU hat Niedersachsen im Bundesrat bei jedem wichtigen Reformvorhaben »Sand ins Getriebe gestreut«. Dieselbe Methode, mit der die CDU 2003 vor und nach der Landtagswahl in Niedersachsen

die Wählerinnen und Wähler in Haushalts- und Steuerfragen vorgeführt habe, dürfe man Wulff und Möllring nicht noch einmal durchgehen lassen. Seinerzeit hatte die CDU mit einer ebenso plumpen wie erfolgreichen Doppelstrate-

gie die Haushaltspolitik in Niedersachsen und Berlin bis hin zur Ausrufung der »Haushaltsnotlage« kritisiert, jeden Konsolidierungsvorschlag bekämpft und gleichzeitig im Landtag ausgabewirksame Anträge in Milliardenhöhe ohne jede

Deckung gestellt. Aller warf der Koalition in Niedersachsen vor, dass es der Gipfel der Unverschämtheit sei, dass dieselbe CDU und FDP verfassungswidrige Haushalte zur Normalität erklärten und vor der Wahl erneut weg tauchten.

Investitionen statt Subventionen



Hans Eichel, Sigmar Gabriel und Stephan Weil (v.l.n.r.)

Rund 350 Zuhörerinnen und Zuhörer hatten sich am 1. Juli im Maritim-Hotel Hannover eingefunden, um auf Einladung der SPD-Landtagsfraktion mit Bundesfinanzminister Hans Eichel über Subventionsabbau und Zukunftsinvestitionen zu diskutieren. Neben Eichels Sicht aus der Bundesperspektive ergänzten Sigmar Gabriel die Sicht des Landes und Stephan Weil die der Kommunen.

Viele der Teilnehmenden kamen aus Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Kirchen, Standesorganisationen oder waren selbstständig. Durch die kurz zuvor angekündigte Vorziehung der Bundestagswahl fand die Veranstaltung auch in den Medien breites Interesse.

Veranstaltungsfotos und die Reden von Eichel, Gabriel und Weil sind im Internet abrufbar unter www.spd-landtag-nds.de/web/content.jsp?nodeId=7180&lang=de.

Materialliste der SPD-Landtagsfraktion

I. Aktuelle Flugblätter

- Volksbegehren für den Erhalt des Blindengeldes**
Flugblatt zur sozialen Kälte der niedersächsischen Landesregierung, DIN-A4
- Weniger Unterricht – größere Klassen**
Flugblatt zur Unterrichtsversorgung in Niedersachsen, DIN-A4
- Beton statt Bildung: Wulff verschenkt 680 Millionen Euro**
Flugblatt zur Blockade des Subventionsabbaus zugunsten von Bildungsinvestitionen durch die niedersächsische Landesregierung, DIN-A4

Alle Flugblätter befinden sich als Download-Version im Intranet der SPD-Landtagsfraktion (Näheres siehe Artikel »Niedersachsen-Netzwerk«)

II. Aktuelle Plakate

- Volksbegehren für den Erhalt des Blindengeldes**
Plakat zur sozialen Kälte der niedersächsischen Landesregierung, DIN-A1
Kostenfreie Abgabe bei Bestellungen von maximal 10 Stück. Bestellungen bitte richten an Thilo Scholz (Thilo.Scholz@LT.Niedersachsen.de), Tel. 0511/3030-4038.
- Wolfgang Jüttner**
Ankündigungsplakat für den Fraktions- und SPD-Landesvorsitzenden, DIN-A1.
0,90 Euro/Stück zuzüglich Verpackung und Versand. Bestellungen bitte richten an den SPD-Landesverband Niedersachsen, Margrit Gärtner (Margrit.Gaertner@SPD.de), Tel. 0511/1674-212.



Änderung des Kita-Gesetzes belastet einkommensschwache Eltern

Eigentlich schien alles ganz einfach: Der Innenausschuss des Landtages sollte einem Feiertagesgesetz zustimmen. Der Kultusausschuss sollte dieses Gesetz mit beraten, weil er in einigen Fragen betroffen ist. Jedoch hielt die schulpolitische Sprecherin der CDU, Frau Körtner, den Augenblick für passend, einfach eine Änderung des Kindertagesstättengesetzes an das Feiertagesgesetz anzuhängen. So sollte eine Änderung der Einkommensgrenzen für Kita-Beiträge durchgesetzt werden, die nicht einmal auf der Tagesordnung der Ausschüsse stand.

Diese Veränderung der Einkommensgrenzen hat weit reichende Folgen für Tausende von Eltern: die Einkommensgrenzen, bis zu denen Eltern keine Kita-Gebühren zahlen müssen, soll von 690 auf 573 Euro gesenkt werden.

CDU und FDP zeigen mit diesem unerhörten Tricksen im parlamentarischen Verfahren nicht nur ihre Arroganz gegenüber Eltern mit geringem Einkommen. Vielmehr führt dieses Hau-Ruck-Verfahren und die Nicht-Beratung in den Ausschüssen auch zu gravierenden Fehlern. So behaupten CDU und FDP z.B., dass bei der vorgesehenen Senkung nur der alte Gesetzeszustand vor dem 31.12.2004 wiederhergestellt würde. Allerdings gab es vor dem 31.12.04 für Familien noch die Möglichkeit, Zuschüsse für besondere Ausgaben wie Klassenfahrten, Winterbekleidung und andere Sonderausgaben zu beantragen. Bei den neuen Einkommensgrenzen sind diese Kosten pauschal berücksichtigt; Sonderleistungen entfallen somit.



Kinderwagen von einem Londoner »Early Excellence Centre«

Hintergrund für die Veränderung der Einkommensgrenzen bei den Kita-Beiträgen waren Klagen der Kommunen. Diese fühlten sich durch diese Veränderung zum 01.01. dieses Jahres um 10 Millionen Euro höher belastet.

Richtig ist jedoch:

- die niedersächsischen Kommunen werden im Rahmen von Hartz IV um 150 Millionen netto entlastet. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat dem Gesetzespaket, zu dem auch die Abschaf-

fung des bisherigen Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) gehörte, zugestimmt.

- Wenn es zu einer Mehrbelastung der Kommunen käme, müsste im Sinne des Konnexitätsprinzips das Land den Kommunen die Kosten erstatten – schließlich hat Niedersachsen den Kompromiss im Bundesrat mitgetragen.
- Durch die umfassende Neugestaltung der Einkommensgrenzen werden die Kommunen per saldo nicht be-

dern entlastet – um 45 ca. Millionen Euro.

Umgerechnet auf 250.000 Kinder in den niedersächsischen Kitas und angenommenen Mehrkosten von 10 Millionen Euro hätte das pro Kind und Monat 3,33 Euro ausgemacht für alle Eltern – auch Besserverdienende. Dieses ist laut CDU unzumutbar, weshalb Einkommensschwache Eltern künftig 90 bis 100 Euro pro Kind und Monat zahlen müssen. Dies ist Sozialpolitik à la CDU.

CDU und FDP lassen Opfer künftig allein Präventionsprogramm Polizei-Sozialarbeit vor dem Aus

Keine Chance auf Gehör hatte der Antrag der SPD, das bundesweit vorbildliche, seit über 25 Jahren anerkannt wirksam arbeitende Präventionsprogramm Polizei-Sozialarbeit (PPS) bei der Polizeidirektion in Hannover zu erhalten. »Wenn eine Leistung erbracht wird, die weit über das hinausgeht, was Prävention normalerweise bewirkt, sollte man sich dazu bekennen und das Projekt auch den Bürgern zuliebe tragen«, so Heidi Merk.

Ein gutes Programm, das seinerzeit von der CDU eingeführt wurde wird nun von der CDU zerschlagen. Diese Zerschlagung geht zulasten der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere aber der Opfer von Straftaten und Familienkonflikten. Doch auch die Polizei wird den Wegfall von PPS zu spüren bekommen, da sie von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Präventionsprogramms Polizei-Sozialarbeit – etwa bei der Überbringung von Todesnachrichten – erheblich entlastet wurde.

Die »Eigenverantwortliche Schule« braucht Klarheit und Verlässlichkeit

Mehr Selbstständigkeit an den niedersächsischen Schulen ist dringend geboten. Im Grunde gibt es breite Zustimmung zu einem Konzept der »Eigenverantwortlichen Schule«. Der vorgelegte Abschlussbericht von Kultusminister Bernd Busemann ist somit nicht das Ende der Debatte, sondern der Beginn. Alle wichtigen Fragen sind noch offen:

- Wie gestalte ich die öffentliche Verantwortung für das Bildungswesen aus?
- Wie sichere ich gleiche, vergleichbare Chancen auf qualitativen Unterricht?
- Wie sichere ich die Beteiligungsrechte aller an Schule Beteiligten?
- In welchem Umfang stärke ich die Schulleitungen?
- Wie qualifiziere ich alle Beteiligten für diese neue Schule?
- Wie gestalte ich das dringend benötigte Beratungssystem?
- Lasse ich den Schulen möglichst viel Spielraum, ihre Schulentwicklung selbst zu verantworten?
- Welche Vorgaben macht die Politik hinsichtlich der Qualitätssicherung?

Bis jetzt hat sich Bernd Busemann in dieser Debatte mit der Rolle der teilnehmenden Beobachtung begnügt. Es ist jedoch in der Verantwortung des Kultusministers, diese offenen Fragen zu beantworten. Denn die Schulen brauchen Klarheit und

Verbindlichkeit. Sie müssen wissen, auf welchen Weg sie sich begeben.

Erst wenn diese Antworten überzeugen, kann aus der grundsätzlichen Zustimmung ein gelungenes Projekt werden. Wir brauchen keine eigenverantwortliche Mangelverwaltung, sondern eine Schule, die alles tut, um guten Unterricht zu gewährleisten.

Wer Qualitätsentwicklung betreiben will, muss den gewünschten Weg dahin markieren. Dazu hatte die SPD-Landtagsfraktion den Entschließungsantrag »Qualität an niedersächsischen Schulen weiterentwickeln und sichern!« (Drs. 15/1131) eingebracht. Dieser beinhaltet die Forderung nach einem ausgestalteten Unterstützungssystem, die im Antrag umrissen ist: Mithilfe bei der Schulentwicklung, Beratung der Schulleitungen, pädagogisches Projektmanagement, Entwicklung von Förderprogrammen, innerschulische Personalentwicklungskonzepte und Fortbildungsprogramme, Zusammenarbeit mit Hochschulen und Studienseminaren.



Ingrid Eckel, schulpolitische Sprecherin

Letztlich muss es ein Unterstützungssystem sein, das nicht identisch ist mit Schulaufsicht oder Schulinspektion. Insofern müssen auch die Begrifflichkeiten und die Grenzen der einzelnen Institutionen sehr klar benannt werden. Dazu ist es richtig und wichtig, die Schulinspektion als unabhängige Qualitätsagentur im Niedersächsischen Schulgesetz zu verankern.

Härtefall-Kompromiss in »trockenen Tüchern«

Als großen Erfolg wertet die SPD-Landtagsfraktion den interfraktionellen Härtefallkompromiss, der am 22. Juni in erster und abschließender Beratung einstimmig vom Niedersächsischen Landtag verabschiedet worden ist. Heidi Merk bemängelte das ursprüngliche Regierungsverhalten: »Bedauerlicherweise hat erst der Fall Kameli den Stein ins Rollen gebracht: Er hat einigen die Augen geöffnet und er hat die Sensibilität aller im Parlament geschärft.«

Der Petitionsausschuss hat durch diesen Härtefall-Kompromiss ein wirkungsvolles Instrument an die Hand bekommen, um über aufenthaltsbeendende Regelungen in den Fällen hinwegzugehen, in denen festgestellt wird, dass in einem Einzelfall mehr einzelfallbezogene Gerechtigkeit zur Anwendung kommen muss. Der Petitionsausschuss kann jetzt zur Prüfung dieser Frage zusätzlich eine kompetente Beratergruppe anrufen, wenn eines der Ausschussmitglieder der Auffassung ist, dass die Petition den Grad eines Härtefalls erreicht haben könnte. In diesen Fällen werden künftig die Vertreter der Konföderati-

on Evangelischer Kirchen, des Katholischen Büros Niedersachsen, der LAG Freie Wohlfahrtspflege, der Kommunalen Spitzenverbände und der Migrantenselbstorganisationen, die Mitglieder der Ausländerkommission sind, um ihre Stellungnahme gebeten. Die Härtefallprüfung erfolgt bereits auf Antrag eines Mitglieds des Petitionsausschusses. Härtefallentscheidungen sind künftig im Einzelfall auch dann möglich, wenn Sozialhilfe bezogen wurde. Damit sind die zentralen Forderungen der SPD-Fraktion Bestandteil des interfraktionellen Kompromisses geworden.



Heidi Merk, Vorsitzende des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten

Transplantationsgesetz

Vor mehr als einem Jahr brachte die Koalition einen Entschließungsantrag in den Landtag ein, in welchem sie die Vorlage eines Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum bundesweiten Transplantationsrecht forderte. Auch sollten Transplantationsfürsprechern in Krankenhäusern und ein Verfahren zur Umsetzung der Meldepflicht durch die Krankenhäuser eingeführt werden.

Sozialministerin von der Leyen erklärte damals in der Debatte, sie begrüße den Antrag, der längst überfällig sei. So forderte der Landtag dann auch bereits am 24. Juni 2004 die Landesregierung einstimmig zur Vorlage eines Gesetzes bis Ende 2004 auf. Diese gesetzte Frist ließ die Sozialministerin verstreichen und teilte stattdessen am 09. Mai 2005 mit, dass aus verfassungsrechtlichen Gründen das in der Landtagsentschließung geforderte Gesetz nicht vorgelegt werden konnte.

Die Landesregierung erklärte bislang an keiner Stelle, weshalb in sechs anderen Bundesländern Ausführungsgesetze beschlossen werden konnten, obwohl dort das gleiche Grundgesetz gilt. Vielleicht hätte sich Frau von der Leyen einmal mit ihrer bayrischen Kollegin in Verbindung setzen können um zu klären, warum in Niedersachsen angeblich nicht umgesetzt werden kann, was in Bayern längst Gesetz ist.

Nach dem Bundesrecht ist es Aufgabe der Länder, eine bedarfsgerechte, leistungsfähige Versorgung zu gewährleisten und die erforderliche Qualität der Organübertragung zu sichern. Ebenso können die strukturellen Voraussetzungen für die Bestellung von Transplantationsbeauftragten festgelegt werden. Diese Möglichkeit hat der Bundesgesetzgeber ausdrücklich den Ländern offengehalten.

Mehr als 12.000 Patienten warten aktuell in Deutschland auf eine lebensrettende Organspende – viele vergebens.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert daher die Landesregierung nachdrücklich auf:

- Dem Landtag zu erklären, warum immerhin in sechs anderen deutschen Bundesländern Ausführungsgesetze möglich sind und in Niedersachsen dieser Weg verfassungswidrig sei,



Uwe Schwarz,
sozialpolitischer Sprecher

- den Parlamentsbeschluss vom 24. Juni 2004 endlich umzusetzen und ein verfassungsrechtlich unbedenkliches Transplantationsausführungsgesetz vorzulegen und sich nicht hinter fadenscheinigen Argumenten zu verstecken.

Zukunft der Museen in Niedersachsen

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag führte am 31. Mai 2005 eine Tagung zur »Zukunft der Museen in Niedersachsen« durch. Die rund 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten im hannoverschen Historischen Museum über Planungssicherheiten in Zeiten der schwarz-gelben Landesregierung (siehe auch Landtagsdrucksache 15/844).

Das Podium auf der Veranstaltung war hochkarätig besetzt.

Das Hauptreferat hielt Dr. Michael Eissenhauer, Präsident des Deutschen Museumsbundes. Des weiteren nahmen Dr. Thomas Schwark, Direktor des Historischen Museums am Hohen Ufer, Hannover, Prof. Dr. Bernd Küster, Leiter des Landesmuseums für Kunst und Kulturgeschichte, Oldenburg und Hans-Walter Keweloh, Vorsitzender des Museumsverbandes für Niedersachsen und Bremen e.V., teil.



Blick auf das Podium während der Begrüßung durch die kulturpolitische Sprecherin Christina Bührmann

SPD-Fraktion organisiert Behördenmarathon

Erstmals in diesem Jahr wurde der schon traditionelle Behörden-Marathon von der SPD-Landtagsfraktion organisiert. Da die von der Bezirksregierung Hannover ins Leben gerufene Veranstaltung nach der Auflösung dieser Behörde auszufallen drohte, hat sich Sportminister a.D. Heiner Bartling spontan entschlossen, kurzfristig die Schirmherrschaft zu übernehmen.

Mit großem Erfolg: Am 8. Juni 2005 maßen sich bei bestem Wetter 329 Läuferinnen und Läufer aus 47 Mannschaften beim Lauf um den Maschsee in Hannover. Vertreten waren neben fast allen Ministerien und der Staatskanzlei zahlreiche Landesbehörden und drei Landtagsfraktionen. Nach sieben Runden in 2 Stunden 43 Minuten und 59 Sekunden errang das Team »Die Schnellsten im Norden« des NDR-Landesfunkhauses Niedersachsen den ersten Platz. Den zweiten Platz belegte Mannschaft 2 der Polizeidirektion Hannover (02:49:27), den dritten das Landeskriminalamt Niedersachsen (02:50:35).

In den vergangenen sechs Jahren war der Behördenmarathon von einem engagierten Team aus der Bezirksregierung Hannover organisiert worden. »Es war eine richtige Entscheidung, dieses Laufereignis 2005 nicht einfach ausfallen zu lassen, sondern die Organisation in die eigenen



Wolfgang Jüttner nach seinem Marathon-Einsatz



Heiner Bartling (Sprecher für Inneres und Sport) und Dr. Cornelius Schley (Fraktionsgeschäftsführer) ehren eine Teilnehmerin (v.r.n.l.)

Hände zu nehmen«, so Heiner Bartling. »Ich bin von vielen Läuferinnen und Läufern angesprochen worden, ob wir als SPD-Fraktion den Behördenmarathon nicht auch im kommenden Jahr durchführen wollen. Und das habe ich gerne zugesagt.«

Die SPD-Fraktion war mit dem »Team 08« am Start, in dem unter anderem die Abgeordneten Wolfgang Jüttner, Heiner Bartling, Alice Grasztat, Frank Henry Horn und Jacques Voigtländer vertreten waren. »Wir haben unser Ziel erreicht und die Kollegen von der CDU weit hinter uns gelassen«, sagte ein sichtlich erschöpfter Jüttner, der seine persönliche Bestzeit vom vergangenen Jahr nochmals um 32 Sekunden auf 39:59 Minuten verbessert hatte. »Wenn meine läuferische Entwicklung so weitergeht, werde ich in 20 Jahren den Hannover-Marathon gewinnen«, so Jüttner. Heiner Bartling, der als Schlussläufer eine furiose Aufholjagd startete und schon nach sensationellen 27:41 Minuten ins Ziel kam, wertete den 37. Platz der SPD-Landtagsfraktion als großen Erfolg: »Das Team 08 hat gezeigt, dass es gerade auf der Langstrecke zu nicht für möglich gehaltenen Leistungen fähig ist.«

SPD warnt vor Zerschlagung der Stiftungslandschaft

Die SPD-Landtagsabgeordnete Brigitte Somfleth brachte es auf den Punkt: »Die erfolgreiche Bingo-Umweltlotterie erfreut sich zunehmender Beliebtheit bei den Menschen in Niedersachsen. Nicht nur, dass man schöne Gewinne in Aussicht hat, sondern auch die Tatsache, Gutes für Natur und Umweltschutz zu tun, trägt dazu bei.«

Seit ihrem Start im September 1997 bis Ende vergangenen Jahres hat die Bingo-Umweltlotterie eine Fördersumme von 34,1 Millionen Euro für Natur- und Umweltschutz- sowie Entwicklungshilfeprojekte in Niedersachsen zur Verfügung gestellt. Alleine im Umweltbereich konnten mit diesem Geld über 2.900 Projekte in allen Teilen des Landes verwirklicht werden. Die bekanntesten sind:

- die Artenschutzprogramme für bedrohte Tierarten,
- die Landschaftsschutzprojekte für Watt und Hochmoore,
- die Informationskampagnen zum Umweltschutz und zum pfleglichen Umgang mit unseren Ressourcen,
- die Agenda 21-Projekte und
- die vielen Projekte zur ökologischen Umgestaltung von Schulhöfen oder Kindergartenaußenanlagen.

Bislang wählten Vertreter verschiedener Gruppen die Förderanträge aus. Hierzu

gehören traditionell neben dem Umweltministerium die Lottostiftung, der NDR, der niedersächsische Heimatbund, verschiedene Umwelt- und Entwicklungshilfegruppen sowie die Landtagsfraktionen. Dagegen scheinen die Planungen des Umweltministers in eine andere Richtung zu gehen. Er will die Struktur verändern und alle Stiftungen in eine einzige, die »Niedersächsische Umweltstiftung«, zusammenführen.

Dagegen gibt es erhebliche Bedenken. Erstens hat Minister Sander dann die Kontrolle über die Mittelvergabe. Bei dem fraglichen Einsatz Sanders für Umwelt- und Naturschutz eine schlechte Aussicht. Zweitens würden die unabhängigen Gremien mit Vertretern aus gesellschaftlichen Gruppen kalt gestellt.

Entsprechend ist Somfleths Fazit: »Ich bin überzeugt davon, dass wir die bewährten Strukturen erhalten und zur Vereinfachung und Übersichtlichkeit der Stiftungs-



Brigitte Somfleth, Umweltpertin

landschaft im Umwelt- und Entwicklungsbereich bei der Lotto-Stiftung zusammenführen sollten. Das dient dem Ansehen der Stiftung und der Glaubwürdigkeit der Arbeit und letztlich auch unser aller Interessen, weil die eingespielten Finanzmittel sinnvoll, transparent und effizient eingesetzt werden könnten.«

»Mehr Wulff« statt »mehr Niedersachsen«

Landtag billigt Änderung des NDR-Staatsvertrages gegen den Widerstand der SPD

Als eine »politische und handwerkliche Zumutung« bezeichnete Wolfgang Jüttner den neuen NDR-Staatsvertrag. Eine handwerkliche Zumutung deshalb, weil durch den massiven Zeitdruck sich Passagen in den Vertrag einschlichen, die verschieden ausgelegt werden.

Der politische Inhalt ist nicht weniger interessant. Mit dem Schlachtruf, mehr Niedersachsen, mehr Transparenz und mehr Effizienz im NDR durchsetzen zu wollen, hatte Wulff Ende vergangenen Jahres dem NDR die Kündigung des Staatsvertrages angedroht. Die öffentliche Aufmerksamkeit war ihm gewiss.

Die unstrittige Erhöhung der Transparenz durch eine höhere Kontrolle des Senders durch die Landesrechnungshöfe war unstrittig. Auch mehr Niedersachsen wurde von allen Beteiligten gewünscht – doch hier scheiterte Wulff:

- die Verankerung des Kulturauftrages bleibt vage, die von Wulff geforderte Garantie für die Radiophilharmonie Hannover taucht im Text nicht auf,
- die Stärkung des Produktionsstandortes Hannover wird rhetorisch zwar aufgewertet, aber ohne zusätzliche Gelder ist dies unglaublich, und

- der flächendeckende Empfang von DVB-T oder der Satellitenempfang von »Hallo Niedersachsen« werden auch künftig nicht stattfinden.

Die Bilanz der Forderung nach mehr Niedersachsen fällt entsprechend schlecht aus. Aber vermutlich hatte der wulffsche Vorstoß ein anderes Ziel. »Nicht um »mehr Niedersachsen« ging es dem Ministerpräsidenten, sondern um »mehr Wulff«, warf Jüttner dem Regierungschef im Landtagsplenum vor. Entsprechendes gab Wulff in der FAZ vom 04.05.2005 zu Protokoll: »Dieser NDR ist unser NDR. Er gehört den Gebührenzahlern Norddeutschlands, vertreten durch die Ministerpräsidenten und den Bürgermeister von Hamburg.« Hinter dieser Geisteshaltung steht eine gefährliche Aufweichung der Staatsferne, die den freien Journalismus einschränkt. Entsprechend sind neue In-

terventionsmechanismen für die Landesregierung erfunden worden:

1. Durch eine Art »Kommissare« aus den Staatskanzleien, die künftig mit Hinweisen und Einwänden den NDR-Verwaltungsrat als höchstes Gremium »bereichern« (Wulff) sollen und
2. durch eine Veränderung in der Zusammensetzung des Rundfunkrates – dem Gremium, welches den Intendanten und den Verwaltungsrat wählt. Dieser Rundfunkrat soll künftig »auf Linie« gebracht werden: Gesellschaftlich unbequeme Gruppen wie die Gewerkschaften, Sozial-, Frauen- oder Umweltverbände fliegen raus, so die Planungen aus der niedersächsischen Staatskanzlei. Es bleiben z.B. Kirchen, Bauernverbände und die Parteien.

»Letztlich geht es offenbar um einen gefügigen NDR, der hilfreich ist, die SPD von der Macht fernzuhalten«, mutmaßt Jüttner.

Die neue Zuckermarktordnung darf nicht auf Kosten der Arbeitnehmer gehen

»In diesem Punkt sind wir uns alle einig: Es darf keine unzumutbaren Lasten für die Zuckerbranche in Niedersachsen geben. Weder für die Rübenanbauer, noch für die Beschäftigten in der Zuckerindustrie«, betonte Dieter Steinecke, Mitglied im Agrarausschuss für die SPD-Landtagsfraktion.

Eine Marktliberalisierung dürfe nicht um jeden Preis durchgesetzt werden. Ziel sei vielmehr, die Wettbewerbsfähigkeit am Weltmarkt für Zucker herzustellen. Allerdings setze dies bei den WTO-Verhandlungen auch die Diskussion über ökologische und soziale Standards der Produktion voraus. Dieses sei jedoch bisher nicht geschehen.

Die von der EU vorgesehene Preiskürzung für Zucker sei zu drastisch und hätte dramatische Auswirkungen für den ländlichen Raum. »Vermutlich«, so führt Steinecke aus, »würden schlagartig viele Arbeitsplätze verloren gehen.« Als eine wichtige Forderung formulierte Steinecke deshalb, dass Vorschläge für einen Restrukturierungsfond vorgelegt werden müssten. Diese hätten die Interessen der Arbeitnehmer bei Fabrikschließungen mit einzubeziehen. »Es geht nicht nur um die

Interessen der Rübenanbauer, sondern auch um die soziale Absicherung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im vor- und nachgelagerten Bereich der Rübenproduktion«, so Steinecke. Die Fondslösung ermögliche den Mitteleinsatz für Umstrukturierungsmaßnahmen in den betroffenen Regionen. Bisher seien die Vorschläge jedoch noch zu unpräzise, die soziale Absicherung der Arbeitnehmer in der Zuckerproduktion ist nicht hinreichend genau genug genannt. Es fehle die Ausweisung eines konkreten Mittelansatzes.

»Ziel der neuen Zuckermarktordnung war es unter anderem, die Situation der Entwicklungsländer zu verbessern und ihnen mehr Einnahmen zu sichern«, führt Steinecke aus. »Im Ergebnis müssen wir feststellen, dass die Interessen der Entwicklungsländer bisher nicht ausreichend gewahrt worden sind und sich die Situation



Dieter Steinecke, Agrarexperte

für die europäische Zuckerindustrie dramatisch verschlechtert hat.« Es gäbe bei einer Umsetzung der Planungen nur Verlierer.

Modellkommunen-Gesetz ist gefährliche Augenwischerei

Mit einem »Modellkommunengesetz« wollen die Regierungsfractionen von CDU und FDP offenbar den Misserfolg ihrer bisherigen Verwaltungsreform vertuschen.

Der vorliegende Gesetzentwurf ist im Kern nicht mehr als eine erneute Beschäftigungstherapie für die Verwaltungsreformer um den hoch bezahlten Sonderstaatssekretär im Innenministerium. Es werden reformerische Aktivitäten vorgegaukelt; die zentralen Probleme der Kommunen werden jedoch nicht angefasst.

Viele der Regelungen, die für zwei Städte und drei Landkreise befristet aufgehoben werden sollen, haben so gut wie keinen Einfluss auf das kommunalpolitische Tagesgeschäft. »Das eigentliche Problem der Kommunen ist nicht, dass ihnen durch Landesgesetze Vorgaben über die Außenflächen von Kindertagesstätten gemacht werden. Vielmehr leiden sie darunter, dass ihnen diese Landesregierung schamlos und handstreichartig 150 Millionen Euro aus der Kasse geraubt hat«, erklärte die Landtagsabgeordnete Jutta Rübke.

Auffallend ist, dass CDU und FDP sich in

der Begründung des Gesetzentwurfs nicht einmal die Mühe machen, auch nur ansatzweise darzulegen, welchen Einspareffekt und Effektivitätsgewinn sie sich von den einzelnen Maßnahmen versprechen. Statt dessen Platteitern und eine Aneinanderreihung von Phrasen. Kein Wort der Begründung, warum CDU und FDP beispielsweise das Personalvertretungsgesetz in Teilen außer Kraft setzen und – entgegen vorherigen Aussagen des CDU-Fraktionsvorsitzenden – die Standards für Kindertagesstätten absenken wollen oder in Mitbestimmungstatbestände des Niedersächsischen Personalvertretungsgesetzes eingegriffen wird.

Für die SPD-Fraktion gilt: Das Personalvertretungsgesetz leistet in Niedersachsen einen wichtigen Beitrag zur Modernisierung der öffentlichen Verwaltung, mit der wir zu unseren Regierungszeiten angefangen haben. In den Beratungen im Innenausschuss – insbesondere in den



Jutta Rübke, Kommunalpolitikexpertin

Sachverständigenanhörungen – wird sich zeigen müssen, welche Vorschläge einer kritischen Überprüfung standhalten können.

CDU-Innenminister zerschlägt den Datenschutz in Niedersachsen

Der CDU-Innenminister beabsichtigt, dem Niedersächsischen Landesbeauftragten für den Datenschutz die Zuständigkeit für den Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich zu entziehen.

Mit der weder sachlich belegten noch inhaltlich nachvollziehbaren Behauptung, es ließen sich durch eine Zersplitterung der Zuständigkeiten Synergieeffekte ziehen, wird vom Prinzip des kompetenten Datenschutzes aus einer Hand Abstand genommen.

Der Datenschutzbeauftragte hatte in den vergangenen Jahren erhebliche Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der von CDU und FDP zu verantwortenden zentralen Änderungen des Polizeigesetzes geäußert. Die Abgeordnete Sigrid Leuschner vermutet daher, dass es sich bei der Entziehung der seit 1992 bestehenden Zuständigkeit für den Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich um eine gezielte Ent-

machtung des Datenschutzbeauftragten handele.

Dabei handelt der CDU-Innenminister nicht nur unsouverän, sondern auch rückwärtsgewandt. In anderen Bundesländern setzt sich mehr und mehr die Erkenntnis durch, dass das bisherige niedersächsische Modell des Datenschutzes aus einer Hand effizient, wirtschaftlich und bürgerfreundlich ist. Vor diesem Hintergrund steht nach den von CDU und FDP zu verantwortenden umfangreichen Eingriffen in die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen des neuen Polizeigesetzes – dessen Verfassungsmäßigkeit bereits vom Bundesverfassungsgericht überprüft wird – nun auch ein Rückschritt im Bereich des Datenschutzes bevor.



Sigrid Leuschner,
Verbraucherschutzexpertin

SPD leistet Widerstand gegen Privatisierung des Strafvollzugs in Niedersachsen

»Den Zustand einer Gesellschaft kann man an ihrem Umgang mit Gefangenen erkennen« – mit diesen Worten erteilte SPD-Justizvollzugsexpertin Elke Müller den Privatisierungsplänen der CDU-Justizministerin Heister-Neumann eine klare Absage.

Überlegungen zum privat finanzierten Bau von Justizvollzugsanstalten hatte bereits die SPD-geführte Landesregierung angestellt. Von CDU und FDP wird jetzt jedoch auch der private Betrieb von Justizvollzugsanstalten angestrebt.

Diese Forderungen verwundern, denn nach ganz herrschender Ansicht können »Kernfunktionen« des Strafvollzugs mit hoher grundrechtlicher Relevanz wie bei der Ausübung unmittelbaren Zwangs mit möglicherweise sogar dem Einsatz von Waffengewalt, der Anordnung von Disziplinarmaßnahmen, die grundsätzlich sofort vollziehbar sind, oder von anderen Anordnungen zur Wahrung von Sicher-

heit und Ordnung nicht auf Private übertragen werden. Dies gilt auch für die Gewährung oder Verweigerung von Lockerungen (Ausgang, Freigang) oder Hafturlaub, die Verlegung vom geschlossenen in den offenen Vollzug.

Auch die weiteren, von CDU und FDP angeführten Bereiche entziehen sich der Privatisierung, weil sie innerhalb der Gefängnismauern stattfinden. Bislang hatte sich die CDU-Justizministerin dahingehend eingelassen, dass Kernbereiche der Justiz als hoheitliche Aufgabe erhalten bleiben müssten.

Justizvollzug ist als Ganzes eine solche Kernaufgabe.



Elke Müller,
Sprecherin für den Justizvollzug

Impressum

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

V.i.S.d.P.:

Dr. Cornelius Schley
Geschäftsführer SPD-Fraktion Niedersachsen

Redaktion:

Tobias Dünow
(E-Mail: Tobias.Duenow@Lt.Niedersachsen.de)
Thilo Scholz
(E-Mail: Thilo.Scholz@Lt.Niedersachsen.de)

Layout und Satz:

Andreas Schneider
(E-Mail: Andreas.Schneider@Lt.Niedersachsen.de)

Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine

4. Juli bis 28. August 2005

Parlamentsferien

9. Juli 2005, 10:00 Uhr

LandesvertreterInnen-Versammlung der SPD Niedersachsen

Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl 2005

Hannover Congress-Centrum, Niedersachsenhalle, Theodor-Heuss-Platz 1-3, Hannover

Weitere Informationen und Anmeldungen bei Margrit Gärtner:

Tel.: 0511/16 74-212,

Fax: 0511/16 74-211,

E-Mail: Margrit.Gaertner@spd.de

31. August 2005

Bundesparteitag der SPD

Verabschiedung des Wahlmanifestes 2005, Nominierung des Spitzenkandidaten für die Bundestagswahlen

Berlin

6. September 2005, 10:00–12:00 Uhr

Zweite Haushaltsklausurtagung des SPD-Fraktionsvorstandes mit dem AK Haushalt Niedersächsischer Landtag, Raum 122

6. September 2005, 14:00–16:00 Uhr

Sitzung der SPD-Landtagsfraktion Niedersächsischer Landtag, Raum 122

13. September 2005, 12:00–14:00 Uhr

Sitzung des SPD-Fraktionsvorstandes Niedersächsischer Landtag, Restaurant Leineschloss

13. September 2005, 12:00–14:00 Uhr

Sitzung der SPD-Landtagsfraktion Niedersächsischer Landtag, Raum 122

14.-16. September 2005

Landtagsplenum

18. September 2005

voraussichtlich Bundestagswahlen

Sommerreise des Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Wolfgang Jüttner

24. bis 26. August 2005

Bereisung der ostfriesischen Küstenregion

1. bis 18. September 2005

Landesweite Bereisung zur Halbzeitbilanz der Regierung Wulff

Weitere Informationen werden im Vorfeld im Internetauftritt der SPD-Landtagsfraktion unter www.spd-landtag-nds.de eingestellt

6. September 2005, 17:00–19:00 Uhr

FES im Landtag

Niedersächsischer Landtag, Restaurant Leineschloss

20. September 2005, 12:00–14:00 Uhr

Sitzung des SPD-Fraktionsvorstandes Niedersächsischer Landtag, Restaurant Leineschloss

23. August 2005, 10:00–12:00 Uhr

Sitzung der SPD-Landtagsfraktion

Gastreferent: Jens Bullerjahn, Fraktionsvorsitzender und Spitzenkandidat der SPD in Sachsen-Anhalt

Niedersächsischer Landtag, Raum 122

23. August 2005, 14:00–16:00 Uhr

Sitzung des SPD-Fraktionsvorstandes Niedersächsischer Landtag, Restaurant Leineschloss

29. August 2005, 10:00–18:00 Uhr

Erste Haushaltsklausurtagung des SPD-Fraktionsvorstandes mit dem AK Haushalt Niedersächsischer Landtag, Raum 122

Landesregierung nach wie vor außerstande, Irritationen in Leitstellendebatte zu beenden

In Niedersachsen findet zurzeit eine heftige Debatte über die Zukunft der Feuerwehreinsatz- und Rettungsleitstellen statt. Der CDU-Innenminister plant, diese Leitstellen als »bunte« Leitstellen am Sitz von Polizeidirektionen oder Polizeiinspektionen – innerhalb der Grenzen des teilweise fragwürdigen Zuschnitts der neuen Polizeidirektionen – zu zentralisieren.

»Derzeit verfestigt sich bei den kommunalen Trägern und den Krankenkassen als Kostenträgern des Rettungsdienstes der Eindruck, diese Landesregierung wolle die Leitstellenkosten für den Polizeibereich auf Kassen und Kommunen abwälzen«, erklärte Klaus-Peter Bachmann. Trotz eindringlicher Aufforderung der SPD-Landtagsfraktion zeigt sich die CDU/FDP-Landesregierung weiterhin außerstande, die Irritationen um die Zukunft der Leitstellen zu beenden.



Klaus-Peter Bachmann, Experte für Innenpolitik